

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Einzelnummern 10 Pfennig. — Rücksendung eingeschalteter Briefstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die Hauptzeile Raumgröße 20 Goldpfennig, die zweitletzte Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die übrigen Reklameteile im restlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige Anzeigen werden nach Möglichkeit in den Morgen- und Abendblättern veröffentlicht. Die Reichweite der Anzeigen wird durch den Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 angegeben. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch den Fernsprecher übermittenen Anzeigen nicht abgenommen wird. Anzeigen werden alle Veranlassungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz.

St. 151 — 83. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag den 1. Juli 1924

Landwirt und Regierung.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:
Man kann annehmen, daß die Erklärung des Reichs-Nährungsministers Graf Ranitz im Reichstag wohl die Antwort auf die ersten Vorstellungen gewesen ist, die aus den Landwirtschaftskreisen bei der Reichsregierung vorgebracht wurden. Es ist ein ganzes Programm, vor allem natürlich ein finanzielles Programm, das Graf Ranitz vorgelegt. Freilich konnte er über die brennendste Frage, nämlich die Kreditnot der Landwirtschaft, keine Zusicherung geben, die der Landwirtschaft nun eine wirkliche Hilfe verleiht, denn die Reichsbank habe schon über den üblichen Rahmen hinaus Kredite gegeben. Man hoffe aber, daß man die Kreditnot als Währungsreform ansieht. Vielleicht kann man darüber hinaus auch die öffentlichen Versicherungsanstalten zur Anlage ihrer Gelder in landwirtschaftlichen Hypotheken veranlassen. Außerdem diskontiere die Reichsbank wie im Frieden, die kurzfristigen landwirtschaftlichen Warenwechsel.

Wegen der Finanzierung der diesjährigen Ernte sieht sich die Möglichkeit, noch einmal Mittel der Reichsbank zur Verfügung zu stellen; vor allem aber müsse man hierauf nach Annahme des Sachverständigenratens anständliche Kredite erbitten.

Die dringende Forderung der Landwirtschaft wendet sich gegen den Steuerdruck. Der Landwirt hat in der Sparsache nur einmal im Jahr die Einnahmen aus dem Ertrag seines Betriebes, muß aber fortgesetzt Steuern zahlen, also auch in einer Zeit, wo er keine Einnahmen hat. Die von Reichslandbund vorgeschlagene generelle Stundung der Steuern wird vom Grafen Ranitz abgelehnt, dagegen die Stundung der Erbschaftsteuer bis zum Herbst zugesagt. Wenn auf Antrag die Einkommensteuervorauszahlungen und die Vermögenssteuer, Einkommen soll dem deutschen Nationalen Vertrag auf Verdrängung des Beitrags herabgesetzt werden, was zweifellos eine nicht unerhebliche Senkung des ursprünglichen Betrages herbeiführen würde. Weiter beschäftigte sich die Erklärung der Regierung mit der Preisspanne zwischen dem Erzeuger- und dem Ladenpreis. Bekanntlich bekommt der Landwirt zwar nur den Bruchteil des Friedenspreises; der Konsument muß aber einen Preis bezahlen, der über dem Friedenspreis steht. Andererseits sind die Preise für die landwirtschaftlichen Produktionsmittel, also die Maschinen, Kohlen usw. erheblich über den Friedenspreis gestiegen. Die Regierung verspricht sich eine starke Preislenkung für diese Industrieerzeugnisse von der Unterschrift unter das Sachverständigen-Entschluß und der Ausschaltung der Monopolverträge. Aber die dringend notwendige Herabsetzung der Gütertarife für landwirtschaftliche Produkte hat der Minister allerdings keine bestimmte Zusage gemacht; nur für Gegenden, die unter Naturereignissen gelitten haben, sollen sie gewährt werden. Dem Weinbau, der unter den Besetzungsverhältnissen und der Abschüttung von dem unbesetzten Deutschland, vor allem aber durch die zollfreie Konkurrenz namentlich der eisernen, eine außerordentlich tiefe, fast naturgemäß erst geholt werden, wenn sich die Verhältnisse im Westen staatsrechtlich bessern.

Graf Ranitz ging ferner auf die allgemeine Handels- und Wirtschaftspolitik der Regierung hinsichtlich der landwirtschaftlichen Erzeugung ein. Daß die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse jetzt ganz allgemein weit unter dem Friedensniveau von 1913 stehen, bringe die Gefahr mit sich, daß besonders in Deutschland die Landwirtschaft zu einer existenziellen Krise übergehe, um Produktionskosten zu sparen. Der Ernährungsminister kündigt nun Gesetze an, die der Landwirtschaft einen ihrer Existenz gewährenden Ertrag der bevorstehenden Herbstbestellungsbearbeitungen bringen sollen, um der weiteren Ertragsminderung der landwirtschaftlichen Betriebe entgegenzuwirken und die Landwirtschaft zu schützen. Eine stabile Preisgestaltung, die gleichzeitig auch dem Landwirt die Existenz und die Aufrechterhaltung des Betriebes ermöglicht, liege auch im Interesse der Verbraucherschaft, und darum müsse der Preisunterschied zwischen den ausländischen und inländischen Produkten ausgeglichen werden. Wir stehen dicht vor der Ernte, und mit den angekündigten Gesetzen darf nicht mehr lange gezögert werden, wenn der Landwirt für seine Ernte in den Genuss der anerkannten Sanierungen treten soll.

Rückkehr der Ausgewiesenen

Aufhebung der Strafen angekündigt.
Fast allen ausgewiesenen Deutschen im Rhein- und Ruhrgebiet seit Januar 1923 ist durch die letzten Verfügungen der französischen Besatzungsbehörde die Rückkehr in die Heimat gestattet worden. 60 bis 70 ausgewiesene Personen sind allerdings von der Erlaubnis zur Rückkehr noch ausgeschlossen worden.
General Depont hat auf Anordnung der französischen Regierung die Verfügung erlassen, den um die Rückkehr aus dem Ruhrgebiet und dem Düsseldorf-Brückenkopf Ausgewiesenen zu ermöglichen. Dieser Beschluß ist dem Regie-

Deutschland wird zur Londoner Konferenz zugezogen?

Deutschland soll mithelfen.
(Eigener Fernsprecherdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
London, 30. Juni. Der stets gut unterrichtete Korrespondent des Observer bestätigt, daß zu der am 16. Juli in London stattfindenden Konferenz auch deutsche Vertreter zugezogen werden sollen, nicht um wieder ein Diktat wie in Versailles zu erhalten, sondern um an der Frage mitzuwirken.

Russisch-englische Differenzen.
London, 30. Juni. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Forderungen der Besitzer von Vorkriegsschulden der Zarregierung große Schwierigkeiten für eine Fortsetzung der englisch-russischen Verhandlungen bilden. Die Ausschüsse, welche die Interessen dieser Gläubiger vertreten haben, halten daran fest, daß die englische Regierung den vollen Nennwert dieser Schulden im Betrag von 60 Millionen Pfund Sterling anerkennen und den Zinsdienst wieder aufnehmen muß. Da die City erklärt, daß sie sich in Verhandlungen mit Rußland erst einlassen will, wenn die Frage der Vorkriegsschulden geregelt ist, ist dadurch der ganze Komplex der Verhandlungen in Frage gestellt.

Volksentscheid über Amerikas Eintritt in den Völkerbund.
(Eigener Fernsprecherdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
New York, 30. Juni. Der Kongress der demokratischen Partei nahm nach einer Nachsitzung, die bis in die Morgen-

rungsstunden von Düsseldorf mitgeteilt worden. Außerdem sind Maßnahmen zur Aufhebung von Strafen getroffen worden, die über am passiven Widerstand Befehlsgewalt verfügten. Die Prozesse der nach allgemeinem Strafrecht Beurteilten sollen nachgeprüft werden, um Begnadigungen zu ermöglichen.

Unter den Beamten, denen die Rückkehr nicht gestattet wird, befindet sich der sozialistische Regierungspräsident von Düsseldorf, Grüner, der Landrat von Essen, Schöne, der Chef der Polizei in Düsseldorf, Oberegierungsrat Orle, der Polizeichef von Essen, Niedermeyer. Die in großer Zahl ausgewiesenen Polizeibeamten dürfen zurückkehren. Bemerkenswert ist, daß mit der Aufhebung der Ausweisung der Beamten noch nicht ihre Zulassung zu den Ämtern, die sie vorher innegehabt haben, ausgesprochen ist. Es ist dazu noch eine besondere Erlaubnis notwendig. Nicht gelöst ist ferner die Unterkunftsfrage, da die beschlagnahmten Wohnungen der Ausgewiesenen noch nicht freigegeben sind.

Begnadigungen auch von deutscher Seite

Ans Anlaß der zugunsten der Ruhrgefangenen und Ausgewiesenen vom französischen Ministerpräsidenten getroffenen Maßnahmen ist französischerseits angeregt worden, zur weiteren Vermeidung der besetzten Gebiete auch diejenigen Deutschen zu begnadigen, die während des Ruhrkampfes den französischen Behörden mittelbar oder unmittelbar Hilfe geleistet oder sich der Anwendung der Bestimmungen der Internationalen Rheinlandkommission oder den Anweisungen der Militärbehörden nicht widerlegt haben.
Der Reichspräsident hat sich daraufhin entschlossen, die Begnadigung derjenigen Deutschen in Aussicht zu stellen, die sich gegen die vom Reichspräsidenten aus Anlaß des Ruhrkampfes erlassenen Verordnungen verhalten haben, soweit sie sich nicht des Hoch- oder Landesverrats schuldig gemacht haben. Soweit das Gnadenrecht den Ländern zusteht, werden entsprechende Gnadenmaßnahmen seitens der beteiligten Länderregierungen, insbesondere Bayerns und Preußens, vorbereitet.

Rheinland für das Gutachten.

In der Schlußsitzung des Rheinischen Provinziallandtages verlas Abgeordneter Freiherr von Loe vom Zentrum im Namen aller Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten eine Entschlüsselung, die besagt, der Provinziallandtag sehe die einzige Möglichkeit für eine sozial-gerechte Verteilung der durch die Besetzung geschaffenen Lasten dadurch, daß die auf der Grundlage des Sachverständigenratens von der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen und Maßnahmen mit möglicher Beschleunigung durchgeführt werden. Er erwartet von diesen Verhandlungen neben der dringend notwendigen wirtschaftlichen Erleichterung über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus befristete deutschen Gebiets, die Innehaltung der im Vertrag festgesetzten Räumungsfristen für das besetzte Gebiet, die Wiederherstellung der deutschen Staatshoheit, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Rückkehr aller Ausgewiesenen und die Wiederbesetzung der ausgewiesenen Beamten in ihre Ämter.
In seiner Schlußrede betonte Präsident Reichsminister Dr. Farres, daß über die Lebensfrage des rheinischen Volkes im Verlaufe der Tagung eine Einmütigkeit geherrscht habe, die mit Freude und Genugtuung erfüllen müsse.

stunden dauerte, das Programm an, daß der Mehrheit des Resolutionskomitees vorgelegen hatte. Das Programm schreibt vor, daß die Frage, ob die Vereinigten Staaten in den Völkerbund eintreten sollen, einem Volksentscheid unterworfen wird.

Ein verheerender Wirbelsturm.
(Eigener Fernsprecherdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)
Paris, 30. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Cleveland ist die Stadt Lorain von einem Wirbelsturm heimgesucht worden. 300 Personen sollen getötet und 1500 verwundet sein. Ein Augenzeuge, der aus Lorain eingetroffen wäre, behauptet, die Stadt sei völlig zerstört. Infolge Unterbrechung der Telegraph- und der Telefon-Verbindungen war es unmöglich, eine Bestätigung dieser Nachricht zu erlangen. Der Bürgermeister von Sanduski hat die Behörden von Kolumbia dringend um Zuweisung von Truppen gebeten und erklärt, die Stadt liege in Trümmern. Nach späteren Nachrichten, die offiziell noch nicht bestätigt sind, soll die Zahl der Opfer in Lorain ungefähr 100 betragen.

London, 30. Juni. Nach einer Reutersmeldung aus Cleveland sind dem Orkan, der die Stadt Lorain heimgesucht, fünfzig Personen zum Opfer gefallen. 118 Personen wurden verwundet. In Ludusky sind sechs Personen im Sturme umgekommen. Der Bürgermeister berichtet, daß 7000 Personen in Lorain obdachlos sind. Nur zwei Gebäude in der Stadt sind unversehrt. Die Behörden haben über die vom Sturme heimgesuchten Gegend den Belagerungszustand verhängt, um Plünderungen vorzubeugen.

Reichstagsneuwahlen in Oberschlesien.

Sechs Mandate ungültig.
Das Wahlprüfungsgericht des Reichstages hat beschlossen, daß die Wahlen im Reichswahlkreis 9 (Oppeln) für ungültig erklärt werden. Es müssen Neuwahlen stattfinden, da es sich nicht feststellen läßt, welches das Ergebnis der Wahlen gewesen sein würde, wenn sie ordnungsmäßig vonstatten gegangen wären. Die Nachprüfung hat ergeben, daß die Zurückweisung des Wahlvorschlages, der seitens der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes im Kreise Oppeln eingereicht worden war, nicht hätte erfolgen dürfen.
Durch dieses Urteil gehen die bisherigen Abgeordneten des Wahlkreises 9 ihrer Mandate verlustig. Es sind die Hgg. Wolf (Dnt.), Ullrich, Ehrhardt und Zipperi (Zentr.), Jaasch und Zendrich (Komm.).

Bayerischer Ministerpräsident Dr. Held.

Das neue Kabinett.
Freitag wurde endlich nach den langen Wirrungen und Vermutungen der letzten Wochen im bayerischen Landtag der neue Ministerpräsident gewählt und damit gleichzeitig das Kabinett konstituiert. Von 107 anwesenden Abgeordneten gaben 68 ihre Stimmen für den Abg. Held als Ministerpräsident ab.
In den letzten Tagen war das Zustandekommen der Regierung wieder stark gefährdet worden durch den Meinungsstreit zwischen Deutschen und Bayerischer Volkspartei. Schließlich wurden die Differenzen aber beigelegt. In der entscheidenden Abstimmung stimmten für Held die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, der Bauernbund und das Zentrum sowie der Abgeordnete Krawinkel. Die Demokraten und Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab.
Der neue Ministerpräsident wird nächsten Mittwoch das neugebildete Kabinett dem Landtag vorstellen und das Regierungsprogramm entwickeln. Er begibt sich sodann zur Teilnahme an der Ministerpräsidentenbesprechung nach Berlin. Held gehört der Bayerischen Volkspartei (bayerisches Zentrum) an. Das endgültige Kabinett dürfte sich wie folgt zusammensetzen: Dr. Held, Ministerpräsident und Minister des Innern; Dr. Stüchel, Innenminister; Dr. Matt, Kultusminister; Gärtner, Justizminister; Dr. Krausneck, Finanzminister; Dr. v. Meinel, Handelsminister; Königbauer, Sozialminister und Dr. Feiler, Landwirtschaftsminister.



Dr. Held.